

N i e d e r s c h r i f t

über die 17. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (Etatberatungen) des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom 06.12.2012

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 21:44 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Tim Brühland
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Herr Peter Werner

Mitglieder der Fraktion PETO

Herr Torsten Kinzel Vertretung für Herrn Lucas Risse
Herr Karsten Köchling
Frau Janne Oberdieck
Herr Max Riedel Vertretung für Frau Lisa Pientak
Herr Jens Timmermann Vertretung für Herrn Florian Große-Allermann

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Thomas Heinen
Herr Benjamin Daniel Kenzler
Herr Helmut Nieswand Vertretung für Herrn Werner Goller
Frau Ursula Schlößer
Herr Alexander Schumacher ab 16:36 Uhr

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Andrea Stamm

Mitglieder der FDP-Fraktion

Herr Ulrich Anhut Vertretung für Frau Dr. Doris Schröder-Weber
ab 16:13 Uhr

parteilos

Frau Lilo Friedrich ab 16:53 Uhr

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Annette Berg

Herr Martin Frömmer
Herr Manfred Hein
Herr Max Herrmann
Herr Kurt Hundenborn
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Georg Thomanek
Herr Uwe Trost
Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der Fraktion PETO

Herr Florian Große-Allermann
Frau Lisa Pientak
Herr Lucas Risse

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

Mitglieder der FDP-Fraktion

Frau Dr. Doris Schröder-Weber

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift
 - 2.1. der Sitzung vom 20.09.2012
 - 2.2. der Sitzung vom 17.10.2012
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Satzung zur 4. Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" VIII/1044
5. Satzung zur 4. Änderung der "Gebührensatzung zur VIII/1051

Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim
am Rhein vom 16.12.2008"

- | | | |
|-------|---|-----------|
| 6. | Satzung zur 4. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008" | VIII/1065 |
| 7. | Einrichtung einer Stelle für eine Schulpsychologin/einen Schulpsychologen | VIII/1043 |
| 8. | Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes in Monheim am Rhein | VIII/1069 |
| 9. | Wir führen unser Café selbst!
Konzept für die Einrichtung eines Jugendcafés | VIII/1050 |
| 10. | Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege | VIII/1079 |
| 11. | Satzung zur 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder in der Stadt Monheim am Rhein vom 6.6.2008 in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 30.3.2012 | VIII/1106 |
| 12. | Vertragsergänzung für die Familienhilfe Monheim / Anpassung der jährlichen Pauschale | VIII/1083 |
| 13. | Wirtschaftsplan 2013 ff. der Bibliothek Monheim am Rhein gemeinnützige Gesellschaft mbH | VIII/1092 |
| 14. | Vorschläge zur Wahl der Vertrauenspersonen für die Schöffenwahlausschüsse | VIII/1071 |
| 15. | Entschädigung der Schiedspersonen | VIII/1052 |
| 16. | Änderung ortsrechtlicher Bestimmungen (Änderung von Hauptsatzung u. Zuständigkeitsordnung sowie Aufhebung der Betriebssatzung) | VIII/1087 |
| 17. | Unterstützung der papierlosen Gremienarbeit | VIII/1021 |
| 18. | Konferenzanlage / Mikrofonanlage im Ratssaal | VIII/1095 |
| 19. | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013 | VIII/1077 |
| 20. | Mündliche Mitteilungen | |
| 20.1. | Besetzung des Architekturgremiums | |

- 21. Mündliche Anfragen
- 21.1. Untersagung des Bundeskartellamtes

SITZUNGSERGEBNIS:

II. In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Bürgermeister schlägt die Erweiterung der Tagesordnung um den neuen Punkt 11, Vorlage VIII/1106 – „Satzung zur 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder in der Stadt Monheim am Rhein vom 6.6.2008 in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 30.3.2012“ vor. Diese Vorlage wurde bereits nachgereicht und aufgrund eines entsprechenden Beschlusses des Jugendhilfeausschusses erstellt.

Die Erweiterung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass sich die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnung entsprechend ändert.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift

2.1 der Sitzung vom 20.09.2012

Protokoll:

Die Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 20.09.2012 wird in die kommende Sitzung vertagt.

vertagt

2.2 der Sitzung vom 17.10.2012

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Es liegen keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Sitzung nochmals um 18.00 Uhr oder nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes für eine weitere Fragezeit unterbrochen wird.

4 Satzung zur 4. Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"

Vorlage: VIII/1044

Protokoll:

Die Verwaltung erläutert, dass die Stadt Monheim am Rhein einem Vergabeprüfverfahren unterzogen war, das erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Nun habe die Verwaltung die Nachricht erreicht, dass der Beschwerdeführer Klage beim Oberlandesgericht eingereicht habe und Mitte Januar 2013 ein Termin für die mündliche Verhandlung anberaumt worden sei. Der Termin zur vorgesehenen Vertragslaufzeit ab dem 01.04.2013 sei dadurch voraussichtlich nicht haltbar, so dass ggf. eine Kurzausschreibung für 3 Monate erforderlich werden würde. Es sei derzeit noch nicht absehbar, ob die Berechnung der Gebühren mit einem Risikozuschlag versehen werden müsste, so dass bis zur Ratssitzung eine Prüfung der Angelegenheit erfolgen und evt. eine korrigierte Gebührenkalkulation vorgelegt werden würde.

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 4. Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

5 Satzung zur 4. Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"

Vorlage: VIII/1051

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 4. Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 6** **Satzung zur 4. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"**
Vorlage: VIII/1065

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 4. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 7** **Einrichtung einer Stelle für eine Schulpsychologin/einen Schulpsychologen**
Vorlage: VIII/1043

Protokoll:

Die Sprecherin der SPD-Fraktion weist darauf hin, dass in den Vorbereitungen dieser Angelegenheit im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport die Beteiligung bei der Entwicklung von Förderplänen und Entwicklungsmaßnahmen für Hochbegabte diskutiert und beschlossen worden sei und dies ggf. im Beschluss ergänzt werden müsse.

Der Bürgermeister erklärt, dass eine Änderung des Beschlussvorschlages entbehrlich sei, da dies Teil der Sachdarstellung sei und eine entsprechende Protokollierung erfolge. Bei der Ausschreibung und Stellenbeschreibung werde dieser Punkt berücksichtigt.

Beschlussempfehlung

Im Jahr 2013 wird die Stelle einer Schulpsychologin/eines

Schulpsychologen im Umfang von 0,75 Stellen eingerichtet.

einstimmig zugestimmt

**8 Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes in Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/1069**

Beschlussempfehlung

1. Es wird zum 1.1.2013 eine Vollzeitstelle „Präventiver Kinderschutz und Netzwerkkoordination“ (TVÖD S 15) eingerichtet.
2. Der Stellenplan ist entsprechend anzupassen.

einstimmig zugestimmt

**9 Wir führen unser Café selbst!
Konzept für die Einrichtung eines Jugendcafés
Vorlage: VIII/1050**

Beschlussempfehlung

1. Das von der Verwaltung vorgelegte Konzept zur Einrichtung eines Jugendcafés wird beschlossen.
2. Zur Deckung der Miet- und Sachkosten des Projektes wird ein Betrag in Höhe von 40.000 € in den Teilfinanzplan A des Haushaltsplanes 2013 eingestellt, dem eine Position i.H. von 20.000 € auf der Ertragsseite gegenüber steht.
3. Für die Erstausstattung des Jugendcafés wird ein Betrag in Höhe von 25.000 € in den Teilfinanzplan B des Haushaltsplanes 2013 eingestellt.

einstimmig zugestimmt

**10 Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege
Vorlage: VIII/1079**

Beschlussempfehlung

1. Die Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege vom ... wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.
2. Die Satzung einschließlich ihrer Anlagen ist Bestandteil des Beschlusses.
3. Zur Finanzierung der erhöhten Geldleistung wird der Haushaltsansatz im Produkt 51.07 um 70.000€ erhöht. Die Anpassung wird in die Änderungsliste zum Haushalt 2013 aufgenommen.

einstimmig zugestimmt

- 11** **Satzung zur 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder in der Stadt Monheim am Rhein vom 6.6.2008 in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 30.3.2012**
Vorlage: VIII/1106

Protokoll:

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage.

Die Sprecherinnen der SPD-Fraktion und der Fraktion Peto begrüßen den Abbau der Elternbeiträge für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen und der Tagespflege.

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder in der Stadt Monheim am Rhein vom 6.6.2008 in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 30.3.2012, wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses (siehe Anlage).

einstimmig zugestimmt

- 12** **Vertragsergänzung für die Familienhilfe Monheim / Anpassung der jährlichen Pauschale**
Vorlage: VIII/1083

Beschlussempfehlung

Die 3. Ergänzungsvereinbarung zum „Vertrag über den Betrieb der ‚Familienhilfe Monheim am Rhein‘ vom 14.12.2006“ wird mit den aus Anlage 2 ersichtlichen Inhalten beschlossen. Anlage 2 wird Bestandteil dieses Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 13** **Wirtschaftsplan 2013 ff. der Bibliothek Monheim am Rhein gemeinnützige Gesellschaft mbH**
Vorlage: VIII/1092

Beschlussempfehlung

Der Wirtschaftsplan 2013ff. der Bibliothek Monheim am Rhein gemeinnützige Gesellschaft mbH wird gemäß § 12 Absatz 2 des Gesellschaftsvertrages dem Rat der Stadt Monheim am Rhein vorgelegt.

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt den städtischen Vertreter

der Bibliothek Monheim am Rhein gemeinnützige Gesellschaft mbH, den vorliegenden Wirtschaftsplan 2013ff. in der Gesellschafterversammlung zu verabschieden.

einstimmig zugestimmt

14 Vorschläge zur Wahl der Vertrauenspersonen für die Schöffenwahlausschüsse
Vorlage: VIII/1071

Protokoll:

Die Fraktion Peto, macht von ihrem Vorschlagsrecht Gebrauch und benennt Herrn Karsten Köchling. Die Fraktionen FDP und Bündnis 90/Die Grünen schlagen Herrn Jens Tasche vor.

Der Beschlussvorschlag wird, unter Ergänzung der genannten Personen, zur Abstimmung gestellt.

Beschlussempfehlung

Zur Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Langenfeld werden von der Stadt Monheim am Rhein folgende Personen vorgeschlagen:

1. Herr Bruno Kosmala (CDU)
2. Herr Karsten Köchling (Peto)
3. Herr Werner Goller (SPD)
4. Herr Jens Tasche (FDP)

einstimmig zugestimmt

15 Entschädigung der Schiedspersonen
Vorlage: VIII/1052

Protokoll:

Es sei interessant zu erfahren, wie hoch die Zahlen der bearbeiteten Fälle durch die Schiedspersonen seien, so der Sprecher der Fraktion Peto.

Die Verwaltung kann derzeit keine Fallzahlen benennen und wird die Daten in der Ratssitzung nachreichen.

Beschlussempfehlung

Die jährliche Entschädigung der beiden Schiedspersonen für die Schiedsgerichtsbezirke Monheim I (Monheim) und Monheim II (Baumberg) wird ab 01.01.2013 auf je 1.500 € erhöht.

einstimmig zugestimmt

16 Änderung ortsrechtlicher Bestimmungen (Änderung von Hauptsatzung u. Zuständigkeitsordnung sowie Aufhebung der Betriebssatzung)

Vorlage: VIII/1087

Beschlussempfehlung

1. Die Satzung zur Anpassung des Ortsrechts wird in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Die „Allgemeinen Richtlinien des Rates der Stadt Monheim am Rhein über die Bildung und die Zuständigkeiten der Ausschüsse (Zuständigkeitsordnung) vom 18.12.2007“ werden entsprechend der als Anlage 3 vorgelegten Fassung geändert. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

17 Unterstützung der papierlosen Gremienarbeit

Vorlage: VIII/1021

Protokoll:

Der Sprecher der FDP-Fraktion äußert seine Freude darüber, dass die Kosten überschaubar seien und spricht sich für die Anschaffung der Software aus.

Ob die Funktionen auch von Samsung iPads unterstützt würden, fragt die Sprecherin der SPD-Fraktion nach.

Die Verwaltung erklärt, dass die Nutzung derzeit nur mit Apple iPads möglich sei. Zwar könne auf das Ratsinformationssystem zugegriffen werden, jedoch seien die Sonderfunktionen nur mittels Apple iPads verfügbar.

Der Sprecher der Fraktion Peto lehnt jede Änderung zum jetzigen Zeitpunkt ab. Es sei möglich, die PDF-Dateien aus dem Ratsinformationssystem herunterzuladen. Dies sei ausreichend, da auch PDF-Dateien mit Notizen versehen werden könnten.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion und der Sprecher der CDU-Fraktion schließen sich der Meinung der Fraktion Peto an und regen an, erneut über diese Angelegenheit zu diskutieren, wenn die Sonderfunktionen auch mit anderen Betriebssystemen nutzbar seien.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürwortet den Vorschlag der Verwaltung. Sie fragt nach, ob andere Anbieter in Betracht kommen würden.

Der Bürgermeister erläutert hierzu, dass nur die Firma somacos angefragt wurde, da das derzeit genutzte Ratsinformationssystem von dieser Firma

sei. Andernfalls wäre es notwendig, das Ratsinformationssystem zu wechseln.

Der Bürgermeister sichert zu, den Markt weiterhin zu beobachten und die Fraktionen zu unterrichten, wenn sich Änderungen abzeichnen und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, die Programmmodule Mandatos und iPapp der Firma Somacos zum Preis von 6.024,79 € zur Unterstützung der papierlosen Gremienarbeit zu erwerben.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 8 (5 CDU, 1 FDP, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 BM) **Nein 10** (5 Peto, 5 SPD)

18 Konferenzanlage / Mikrofonanlage im Ratssaal Vorlage: VIII/1095

Protokoll:

Gegebenenfalls sei die Anschaffung eines Zusatzlautsprechers im Zuhörerbereich ausreichend, merkt der Sprecher der FDP-Fraktion an.

Der Bürgermeister erwidert, dass das nicht der Fall sei, da es auch Mandatsträger gebe, die auf ein Hörgerät angewiesen seien und auch aus diesem Kreis Beschwerden vorlägen.

Beschlussempfehlung

Die Konferenzanlage / Mikrofonanlage im Ratssaal wird um eine Induktionsschleife für Hörgeräteträger erweitert.

einstimmig zugestimmt

19 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013 Vorlage: VIII/1077

Protokoll:

Der Bürgermeister weist auf die nachträglich zu diesem Tagesordnungspunkt verteilten Unterlagen hin:

- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.11.2012
- Änderungsliste, die die Beschlüsse der Fachausschüsse enthält
- Schlussauswertung der Online-Beteiligung

Er schlägt folgende Vorgehensweise vor:

1. Beratung der Produkte, die noch nicht Bestandteil der Haushaltsberatungen der Fachausschüsse waren

2. Beratung der Anträge
3. Beratung der Änderungsliste
4. Beratung der Anmerkungen der Bürgerbeteiligung

Der Sprecher der CDU-Fraktion weist darauf hin, dass die Fraktion einige Anträge ausgearbeitet habe und verteilt diese in Schriftform. Er beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird für die Zeit von 16:59 Uhr bis 17:17 Uhr unterbrochen.

Zu den nachfolgend nicht aufgeführten Produkten erfolgten keine Wortmeldungen und einstimmige Beschlüsse.

Teilergebnisplan

00.03

Der Sprecher der CDU-Fraktion bemerkt, dass eine Vollzeitstelle als Pressesprecher eingerichtet worden sei. Zur Begründung sei angeführt, dass der derzeitige Stelleninhaber die Arbeitszeit reduziert. Dieser habe jedoch lediglich mit 0,4 Stellenanteilen die Öffentlichkeitsarbeit wahrgenommen. Diese Vakanz müsse hausintern zu lösen sein. Daher beantrage die CDU-Fraktion die Stelle zu streichen.

Der Bürgermeister erklärt, dass hier die Stellenanteile des bisherigen Stelleninhabers fehlerhaft angegeben seien. Dieser habe mit einem Stellenanteil von 0,4 das Archiv betreut. Es sei beabsichtigt, dass Archiv zukünftig mit 0,75 Stellenanteilen zu versehen. Auf die Öffentlichkeits- und Pressearbeit entfielen derzeit 0,6 Stellenanteile. Dort sei eine Anhebung auf eine Vollzeitstelle vorgesehen. Dies sei insbesondere erforderlich, um die immer aufwendig werdende Internetpräsentation und den Ausbau neuer Kommunikationswege, wie z. B. sozialer Netzwerke zu übernehmen.

Die Pressearbeit mit einer Vollzeitstelle auszustatten sei durchaus angemessen, so die Sprecherin der SPD-Fraktion. Der damalige Wegfall dieser Stelle wurde seinerzeit sehr bedauert.

Im Hinblick auf die neuen Medien halte auch die Fraktion Peto die Einrichtung der vorgesehenen Stelle für erforderlich, erläutert die Sprecherin der Fraktion Peto.

Der Bürgermeister konkretisiert den Antrag der CDU-Fraktion, die Pressestelle von 1,0 auf 0,6 Stellenanteile zu reduzieren und stellt ihn zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt. Ja 6 (5 CDU, 1 FDP) Nein 13 (5 SPD, 5 Peto, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Frau Friedrich, 1 BM)

10.02

Der Sprecher der SPD-Fraktion führt den Antrag vom 27.11.2012 aus, der die Verwaltung verpflichten soll, zeitnah ein Konzept zu erarbeiten, das den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Monheim am Rhein einen kostenlosen Wifi Zugang an zentralen Punkten der Stadt mit ihren Smartphones und Tablett-PCs ermöglicht.

Dieser Antrag sei grundsätzlich zu begrüßen, so die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Jedoch sei nicht erkennbar, welchen Nutzen die Stadt davon habe. Möglicher Weise wäre die entsprechende Ausstattung der Busse in einem ersten Schritt eine Alternative, so dass die Nutzung des ÖPNV attraktiver würde.

Der Sprecher der Fraktion Peto merkt an, dass diese Überlegungen in zukünftige Konzepte einfließen sollten, wie beispielsweise die Neugestaltung der Krischerstraße. Die Ausstattung der Busse würde sich technisch sehr schwierig gestalten.

Der Sprecher der SPD-Fraktion stellt klar, dass heute kein Beschluss über die Durchführung gefasst werden solle, sondern ein Prüfauftrag an die Verwaltung, Möglichkeiten zu finden und ein Konzept zu erstellen.

Auch der Sprecher der CDU-Fraktion stellt die Frage, wo der Nutzen für die Stadt Monheim am Rhein läge. Weiterhin gibt er zu bedenken, dass die Menschen, die über die finanziellen Mittel für ein Smartphone verfügen auch in der Lage seien, eine Internet-Flat-Rate zu finanzieren. Diese Wifi Zugänge könnten außerdem für Internetkriminalität genutzt werden. Die Ermittlung in solchen Fällen erfolge über die IP-Adresse, was durch solche Hotspots nicht mehr möglich wäre. Ein Prüfauftrag würde derzeit jedoch seitens der SPD-Fraktion mitgetragen.

Der Bürgermeister stellt den Prüfauftrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

71.01

Die Sprecherin der SPD-Fraktion stellt eine Verständnisfrage zu dem Begriff „Betonsanierung“ und bittet um Erläuterung.

Die Verwaltung führt aus, dass durch das Alter und die Witterungseinflüsse der Beton Schaden nimmt und die Bewehrung frei liegt. Die schadhafte Betonschicht müsse daher abgetragen und eine neue Schicht aufgebracht werden um die Tragfähigkeit des Gebäudes dauerhaft zu erhalten.

Der Sprecher der CDU-Fraktion nimmt Bezug auf das Klimaschutzkonzept und stellt folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzbarkeit einzelner Maßnahmen

aus dem Projekt „Tübingen macht blau“ im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes zu prüfen und ggf. in das Konzept zu integrieren.

Die Verwaltung erklärt, dass sie für Anregungen zum Klimaschutzkonzept dankbar sei. Die Bürgerschaft wurde bereits in den stattgefundenen Workshops aufgefordert, Vorschläge zu machen. Die Verwaltung wird Kontakt mit der CDU-Fraktion aufnehmen und die Maßnahmen des erwähnten Projekts besprechen.

Der Sprecher der Fraktion Peto unterstützt diesen Antrag und erweitert diesen um die Verpflichtung der Verwaltung, im entsprechenden Fachausschuss darüber zu berichten.

Dieser Auftrag an die Verwaltung solle als Zielvereinbarung aufgenommen werden, beantragt der Sprecher der CDU-Fraktion.

Der Bürgermeister stellt folgende Zielvereinbarung zur Abstimmung:

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung die Umsetzbarkeit einzelner Maßnahmen aus dem Projekt „Tübingen macht blau“ im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes zu prüfen und im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen darüber zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

81.00

Der Sprecher der CDU-Fraktion bittet um Erläuterung zu den folgenden Angelegenheiten:

1. Es solle ein neuer Großflächenmäher angeschafft werden. Wie viele Betriebsstunden wurde der bisherige Großflächenmäher eingesetzt?
2. Ob das Gutachten, das sich mit der Zusammenführung der Betriebshöfe Monheim am Rhein und Langenfeld befasst habe, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben werden könne?
3. Im „alten“ Betriebsausschuss sei einstimmig ein Sperrvermerk für den Haushaltsansatz für die Anschaffung der elektronischen Eingabegeräte beschlossen worden, solange kein Konzept erarbeitet worden sei. Dieser Sperrvermerk sei nun entfallen, obwohl ein solches Konzept bisher nicht vorgestellt worden sei.

Die Verwaltung beantwortet die Fragen zum Produkt 81.00:

1. Die Betriebsstunden der letzten 3 Jahre betragen ca. 1.000. Dies sei für einen Großflächenmäher ein durchschnittlicher Wert. Es seien erhöhte Ausfallzeiten entstanden, die der Hersteller zu vertreten habe. Dieser sei auch größtenteils für die Reparaturkosten aufgekommen.
2. Es gebe derzeit 2 Gutachten. Das erste Gutachten sei eine Untersuchung der Städtischen Betriebe Monheim am Rhein. Dieses sei im Betriebsausschuss präsentiert worden und sei Grundlage für die Optimie-

zung von Betriebsabläufen, unabhängig von der Organisationsstruktur. Das zweite Gutachten, das sich mit der möglichen Zusammenarbeit mit der Stadt Langenfeld befasse sei nicht abgeschlossen worden. Es existiere lediglich ein Entwurf, der jedoch aufgrund der ungeklärten steuerlichen Problematik keine Empfehlung enthalte. Der Bürgermeister sichert zu, den Fraktionen das erste Gutachten zur Verfügung zu stellen.

3. Die Anschaffung der Handhelds gestalte sich schwierig. Diese sollen zur Dokumentation der Arbeiten und vereinfachten Auftragsabwicklung und –Abrechnung dienen und nicht, wie vielfach vermutet, zur Kontrolle der Beschäftigten. Eine Erfassung der Arbeiten erfolge bereits zum jetzigen Zeitpunkt, allerdings händisch. Der Aufwand würde sich durch die Handhelds wesentlich verringern. Es sollen zunächst 3 Geräte zur Probe angeschafft werden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion beantragt, den Sperrvermerk erneut anzubringen, da kein Konzept vorliege und vereinbart gewesen sei, die Anschaffung erst zu vollziehen, wenn der Planungsausschuss zugestimmt habe.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den Sperrvermerk fortzuschreiben bis der zuständige Fachausschuss zugestimmt habe, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

90.00

Der Sprecher der CDU-Fraktion trägt den Antrag vor, die Hundesteuer für einen Hund auf 90 € zu senken. Zur Begründung führt er aus, dass ein Hund nachgewiesener Maßen nicht nur als Therapeut diene, sondern auch unter sozialen Gesichtspunkten, z. B. als Begleiter für ältere Menschen, zu beachten sei. Niedrige Steuersätze in den Nachbarkommunen hätten nicht dazu geführt, dass die Zahl der Hunde überhand genommen habe. Im Gegenzug erhalte die Verwaltung den Auftrag, dem Rat im kommenden Jahr eine geänderte Ortssatzung mit der Zielsetzung, dass das Hinterlassen von Hundekot mit einem Bußgeld belegt würde, zur Abstimmung vorzulegen.

Die Verwaltung erklärt, dass dies eine Einnahmeeinbuße von ca. 90.000 € jährlich mit sich bringen würde. Weiterhin sei zu empfehlen, einen jährlichen Betrag zu wählen, der durch 12 Monate teilbar sei.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt sich damit einverstanden, und korrigiert den Antrag dahingehend, dass ein Hund 96 € kosten solle. Zu der verringerten Einnahme aus der Hundesteuer entgegnet er, dass diese durch die vorgeschlagenen Bußgelder kompensiert werden könnten.

Die Sprecherinnen der Fraktionen Peto und Bündnis 90/Die Grünen erklären, dass eine Zustimmung nicht erfolgen könne, da keine Gelegenheit bestanden habe, diesen Antrag in der Fraktion zu beraten.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion weist darauf hin, dass nach der derzeitigen Ortssatzung bereits die Möglichkeit eröffnet würde, das Hinterlassen von Hundekot mit Bußgeld zu belegen, da das ein Verschmutzen von öffentlichen Wegen und Plätzen bedeuten würde.

Ob das nach derzeitigem Ortsrecht möglich sei würde bis zur Ratssitzung geprüft, sichert die Verwaltung zu.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, die Hundesteuer für einen Hund auf 96 € jährlich zu senken zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt. Ja 7 (5 CDU, 1 FDP, 1 Frau Friedrich), Nein 11 (5 SPD, 5 Peto, 1 BM) Enthaltung 1 (1 Bündnis 90/Die Grünen)

Es wird seitens des Sprechers der CDU-Fraktion der Antrag auf Senkung der Grundsteuer B auf 380 Prozent gestellt. Zur Begründung wird ausgeführt, dass 2002 einstimmig beschlossen wurde, die Kosten für die Deichsanierung auf alle Monheimer zu verteilen, d. h. diese aus dem laufenden Haushalt zu begleichen. Aufgrund der damals angespannten Haushaltslage sei die Grundsteuer B um 20 Punkte angehoben worden. Es sei immer Forderung der CDU-Fraktion gewesen, diese Anhebung in besseren Haushaltszeiten wieder rückgängig zu machen. Des Weiteren würde Langenfeld in diesem Jahr ebenfalls auf 380 Prozent gehen, so dass damit eine Einheitlichkeit erreicht würde.

Die Haushaltssituation müsse zunächst weiter beobachtet werden führt die Sprecherin der Fraktion Peto aus. Der Schwerpunkt liege derzeit auf Kinder- und Familienfreundlichkeit. Außerdem sei bereits eine Senkung auf 400 Prozent erfolgt. Eine weitere Senkung könne daher nicht unterstützt werden.

Der Bürgermeister erläutert, dass ursprünglich eine Erhöhung auf 475 Prozent vorgesehen gewesen sei. Stattdessen sei bereits eine Senkung auf 400 Prozent erfolgt. Eine unverhältnismäßige Höhe sei hier nicht zu erkennen.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt. Ja 7 (5 CDU, 1 FDP, 1 Frau Friedrich), Nein 12 (5 SPD, 5 Peto, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 BM)

Teilfinanzplan B

Bereich 71

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bittet um Angabe, ob die Unterhaltungsmaßnahmen des DRK-Hauses abgeschlossen seien oder die Notwendig-

keit bestünde, einen Ansatz für 2013 zu bilden.

Die Verwaltung führt aus, dass einige Maßnahmen bereits abgeschlossen worden seien. Weitere, größere Unterhaltungsmaßnahmen seien derzeit nicht ersichtlicht, könnten aber sofern sie erforderlich würden über das verfügbare allgemeine Budget abgewickelt werden.

Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung, 19:02 Uhr)

Es liegen keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

Bürgerbeteiligung

Der Bürgermeister führt zur Durchführung und Darstellung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung aus.

Der Sprecher der CDU-Fraktion fragt nach, wie viele Nutzer insgesamt zu verzeichnen sind.

Es habe ca. 250 Anmeldungen gegeben, so die Verwaltung. Ideen seien 48 eingebracht worden und 195 Nutzer haben an den Abstimmungen teilgenommen.

Idee 3982, Seite 95

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält die auf Seite 95 vorgeschlagene Einrichtung eines Carsharings für sinnvoll.

In dieser Hinsicht sei es notwendig, dass sich die Verwaltung beraten ließe, erläutert der Bürgermeister. Bisher gebe es dies in Großstädten. Von erfolgreichen Projekten in Mittelzentren lägen keine Informationen vor. Es sei geplant, die Angelegenheit im nächsten Jahr nochmals aufzugreifen.

Idee 4013, Seite 97

In diesem Zusammenhang regt die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, Baumpflanzungen auch vorzunehmen, wenn keine rechtliche Verpflichtung bestünde. So könne an das Projekt Plant-for-the-planet angeknüpft werden. Es wäre wünschenswert, dem Fachausschuss den aktuellen Sachstand darzulegen und ein Konzept zu erstellen, das mittel- bis langfristig einen Ausblick geben würde, was in der Stadt Monheim am Rhein an Neupflanzungen möglich wäre und Flächen benannt werden würden, auf denen solche Pflanzaktionen durchgeführt werden könnten.

Für die Schülerinitiative Plant-for-the-planet wurde eine Fläche am Marienburgpark zur Verfügung gestellt, auf der 11 Bäume gepflanzt worden seien, erklärt der Bürgermeister. Eine weitere Fläche in Monheim am Rhein würde zur Verfügung gestellt.

Ein flächendeckendes Pflanzkonzept für das Stadtgebiet zu entwickeln sei

sehr aufwendig und nur unter externer Begleitung möglich.

Der Sprecher der FDP-Fraktion weist auf die bereits ähnlich lautenden Anträge hin. So sei am Rheinbogen bereits ein natürlicher Auenwald entstanden und vorgeschlagen, eine Fläche nördlich des Campingplatzes in Baumberg zu einer Weichholzaue zu gestalten.

Änderungsliste und weitere Anträge

Bereich 32

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, folgende Zielvereinbarung aufzunehmen: „Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob für den kommunalen Ordnungsdienst Pedelecs angeschafft und eingesetzt werden können.“

Der Bürgermeister stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

Der Sprecher der CDU-Fraktion beantragt, dass eine zusätzliche Stelle für eine/einen Inklusionsbeauftragte/Inklusionsbeauftragten im Stellenplan 2013 bereitgestellt wird. Dies sei im Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten bereits diskutiert worden. Zwar sei hier die Erarbeitung eines Konzeptes Voraussetzung für die Stellenbesetzung, jedoch könne die Stelle mit einem Sperrvermerk versehen werden, dass erst eine Besetzung erfolgen könne, wenn das entsprechende Konzept durch den Ausschuss beschlossen sei.

Die Diskussion im Fachausschuss habe ergeben, dass erst das Konzept erarbeitet werden solle, so der Bürgermeister. Auch wenn nach diesem Konzept die Einrichtung einer Stelle notwendig werden würde, könne dies unterjährig geschehen, sofern ein entsprechender Ratsbeschluss gefasst würde.

Diese Aussage wird von den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Peto, und FDP bestätigt und unterstützt.

Der Sprecher der CDU-Fraktion zieht den Antrag zurück.

Die Sitzung wird für die Zeit von 19:37 Uhr bis 19:55 Uhr unterbrochen.

Es wird der Antrag des Tierheimes Hilden vom 21.11.2012 und die Stellungnahme der Verwaltung vom 28.11.2012 verteilt und seitens des Bürgermeisters erläutert.

Dies sei das übliche Vorgehen des Tierheimes, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Unabhängig von dem aktuell vorliegenden Antrag sei es sinnvoll, Kontakt mit der Tierheimleitung aufzunehmen und anzuregen, dass eine Investitionsplanung erfolgen solle, damit frühzeitig ersichtlich sei, wann Investitionen notwendig seien. Diese könnten dann über die normale Beitragslast der Städte getätigt werden ohne dass überraschende Anträge gestellt werden müssten.

Der Bürgermeister nimmt die Anregung auf.

Ob hier ein Verwendungsnachweis vorgelegt würde, fragt die Sprecherin der SPD-Fraktion nach.

Die Verwaltung bestätigt, dass das selbstverständlich erfolgen müsse.

Der Vorschlag der Verwaltung höchstens 25.000 € Kostenbeteiligung für den Bau des Katzenhauses im Tierheim Hilden in die Änderungsliste aufzunehmen wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

Bereich 51

Der Sprecher der CDU-Fraktion beantragt das Anbringen der folgenden Zielvereinbarung:

Die Verwaltung wird mit der Prüfung wie und mit welchen Angeboten Mo.Ki auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden kann, beauftragt.

Hierzu führt die Verwaltung aus, dass Fördermittel zur Verfügung gestellt worden seien, damit eine Ausweitung auf den Ortsteil Baumberg erfolgen könne. Einige Maßnahmen wurden bereits initiiert. Die Angelegenheit könne im nächsten Jugendhilfeausschuss detailliert dargestellt werden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt sich mit der Vorgehensweise einverstanden. Der Bürgermeister sichert zu, einen entsprechenden Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses festzulegen.

Produkt 60.03

Die in der Änderungsliste angegebene Zielvereinbarung entspreche nicht dem Beschluss des Fachausschusses, merkt der Sprecher der CDU-Fraktion an. Hier sei beschlossen worden, dass die Verwaltung ein Konzept zur Vereinheitlichung der Geschwindigkeitsregelung vorlegen.

Der Bürgermeister sichert eine Korrektur der Zielvereinbarung bis zur Ratssitzung zu.

Bereich 61

Der Sprecher der CDU-Fraktion beantragt, die Verwaltung zu beauftragen,

das Siegel „Wirtschaftsfreundliche Kommune“ zu beantragen und hierfür die Voraussetzungen zu schaffen. Dies diene der Steigerung des Bekanntheitsgrades der Stadt Monheim am Rhein und werte den Standort auf. Das Siegel könnte in das Konzept Monheim Plus integriert werden.

Es habe sich herausgestellt, dass der Erwerb des Siegels nicht zweckmäßig sei, erläutert die Verwaltung. Die Standortbedingungen seien auch ohne dieses Siegel gut. Der Verein sei 2006 gegründet worden. Im Jahr 2008 habe die Verwaltung begonnen, die Voraussetzungen zu schaffen. Geseitert sei das Projekt daran, dass der enorme Dokumentationsaufwand hier nicht geleistet werden könne. Die weitere Entwicklung sei recherchiert worden. Der Verein habe derzeit 49 Mitglieder wovon 40 zertifiziert seien. Seit 2010 habe sich an dem Mitgliederbestand fast nichts verändert. Seit dem seien 4 Mitglieder hinzugekommen, 3 hätten gekündigt, 2 weitere seien lediglich Mitglied bis zum Ablauf der Kündigungsfrist. Auf Nachfrage hätten die Kommunen die ausgetreten seien mitgeteilt, dass der bürokratische Aufwand nicht zu leisten sei und Kosten und Nutzen in keinem ausgewogenen Verhältnis stünden. Es gebe in Deutschland ca. 12.000 Kommunen, wovon 40 dieses Gütesiegel erworben hätten. Dies sei ein verschwindend geringer Anteil. Dieses Siegel sei daher nicht im Bewusstsein der Unternehmen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion zieht den Antrag zurück.

Produkt 61.06

Die in der Änderungsliste zu diesem Produkt ergänzte Zielvereinbarung solle gestrichen werden, beantragt der Sprecher der CDU-Fraktion. Die Stadt Monheim am Rhein habe bereits viele soziale Unterstützungsmaßnahmen geschaffen, so dass diese Maßnahme entbehrlich sei.

Die Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen habe im Fachausschuss gegen diese Zielvereinbarung gestimmt, erläutert die Sprecherin der Fraktion. Dies sei der Fall, weil die vorherige Festlegung nicht praxisnah erscheine.

Der Bürgermeister erklärt, dass es möglich sei, wie vorgeschlagen zu verfahren. Es sei zwar keine Aufnahme in den Bebauungsplan möglich, aber ein Konzept könne und solle erstellt werden. So sei auch die Zielvereinbarung formuliert und zu verstehen.

Durch diese Maßnahme entstehe nicht automatisch ein sozialer Brennpunkt, so die Sprecherin der SPD-Fraktion. Es gehe darum, Familien mit Kindern die Möglichkeit zu geben eine finanzierbare Wohnung zu finden.

Der Antrag auf Streichung der Zielvereinbarung wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt. Ja 6 (5 CDU, 1 FDP) Nein 13 (5 SPD, 5 Peto, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Frau Friedrich, 1 BM)

Bereich 71

Das Gebäude der VHS müsse zukunftssicher gestaltet werden, insbesondere müsse Barrierefreiheit geschaffen werden, erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion. Daher beantragt er, die Verwaltung zu beauftragen, Planungskosten für die Umgestaltung der VHS in den Haushalt einzustellen oder, sofern kein Betrag geschätzt werden könne, eine Zielvereinbarung anzubringen, die die Erstellung eines entsprechenden Konzeptes einschließlich einer Kostenermittlung enthalte.

Die Verwaltung erläutert, dass dieses Vorgehen sehr schwierig sei und sich in der Regel die Kosten erst während der einzelnen Bauphasen abschätzen lassen würden. Andernfalls müssten zunächst Mittel für die Planung zur Verfügung gestellt werden.

Eine Umgestaltung und Aufwertung des Innenbereichs sei hier von Nöten, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Die Barrierefreiheit sei hierbei ein Punkt, der zu berücksichtigen sei. Aber auch andere Aspekte, wie energetische Maßnahmen müssten einfließen.

Der Bürgermeister führt aus, dass dies die laufende Gebäudeunterhaltung betreffe. So werde zurzeit das Dach saniert.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erinnert an den damaligen Antrag ihrer Fraktion, der zwei Punkte beinhaltet habe:

- Die Prüfung der Möglichkeiten, die Musikschule räumlich im Kulturzentrum unterzubringen.
- Eine Überplanung des Komplexes dahingehend, dass der Eingangsbereich offener und moderner gestaltet würde und besser an den Berliner Ring angeschlossen würde.

Die Verwaltung erklärt, dass zum Thema Barrierefreiheit eine Vorlage vorbereitet und vorgelegt würde und schlägt folgende weitere Vorgehensweise vor:

Die Verwaltung stellt die Sanierungsbedarfe fest und entwickelt hieraus ein Sanierungskonzept über mehrere Jahre. Bei der dann folgenden Analyse und Diskussion der einzelnen Bedarfe könnten Maßnahmen und Kosten für die jeweiligen Maßnahmen ermittelt und in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen werden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt sich mit dem Vorschlag einverstanden und ändert seinen Antrag entsprechend ab.

Dieser wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan werden zur Abstimmung gestellt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass eine Zustimmung der Fraktionen insgesamt erfolgen kann, obwohl in Einzelheiten, wie oben dokumentiert, abweichende Meinungen bestehen können.

Beschlussempfehlung

1. Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2013 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er
 - a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
 - b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
 - c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltungbeschlossen hat, angenommen.
2. Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2013 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte Haushaltssatzung 2013 wird Bestandteil des Beschlusses. Die Budgetzuordnung auf die einzelnen Bereiche ist als verbindlich anzusehen (Anlage 3).
3. Der Rat macht sich die Stellungnahme der Verwaltung vom 19.11.2012 zu den einzelnen Bürger-Ideen und Bürger-Kommentaren im Rahmen der Online-Beteiligung unter Ergänzung der Änderungsvorschläge aus den Beratungen der Fachausschüsse und des Haupt- und Finanzausschusses zu Eigen.

einstimmig zugestimmt

Ja 14 (5 SPD, 5 Peto, 1 FDP, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Frau Friedrich, 1 BM) **Enthaltung** (5 CDU)

20 Mündliche Mitteilungen

20.1 Besetzung des Architekturremiums

Protokoll:

Die Verwaltung erinnert an die an die Fraktionen herangetragene Bitte, die jeweiligen Vertreterinnen und Vertreter für das Architekturremium zu benennen.

21 Mündliche Anfragen

21.1 Untersagung des Bundeskartellamtes

Protokoll:

Ratsherr Schumacher bezieht sich auf einen Radiobeitrag, in dem erklärt

wurde, dass das Bundeskartellamt den Stadtwerken Mettmann untersagt habe, die Ausschreibung so durchzuführen, wie sie durchgeführt worden sei und bittet um Erläuterung der Auswirkungen.

Der Bürgermeister erklärt, dass über das durch die Mega in Kooperation mit den Stadtwerken Ratingen abgegebene Angebot nun nicht entschieden worden sei. Alles Weitere sei durch die Stadt Mettmann mit dem Bundeskartellamt zu klären. Erst wenn das erfolgt sei, könne das Vergabeverfahren zu einem Ende geführt werden.

Daniel Zimmermann
Vorsitzender

Anke Bitsch
Schriftführerin